Deutscher Bundestag **Drucksache 15/5682**

15. Wahlperiode 15. 06. 2005

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Katherina Reiche, Dr. Maria Böhmer, Thomas Rachel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/5016 –

Forschungs- und Innovationsförderung für die Arbeitsplätze der Zukunft

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/5360 –

Deutschland muss aufholen – 2006 bis 2016 – Dekade der Innovationen

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Antragsteller gehen davon aus, dass Deutschland alle Voraussetzungen habe, technologische Spitzenleistungen in der wissensbasierten Wirtschaft zu erbringen. Doch gebe es bedenkliche Warnsignale. Der Innovationsstandort Deutschland habe sich in den letzten Jahren nicht wesentlich weiterentwickelt. Die Bundesregierung habe nach eigenen Angaben die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den vergangenen Jahren real gesenkt: –1,6 Prozent 2002, –0,7 Prozent 2003, –3,4 Prozent 2004. Die Forschungsausgaben der Wirtschaft stagnierten. Das Forschungs- und Innovationsgeschehen sei in anderen Ländern erheblich dynamischer; es gebe dort eine innovationsfreundlichere Gesetzgebung und mehr Venture-Capital. Im Ergebnis verlagerten deutsche Firmen nach der Produktion auch Teile ihrer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ins Ausland.

Zu Nummer 2

Für die Antragsteller ist die Forschungspolitik ein zentrales Handlungsfeld für eine auf die Zukunft ausgerichtete Gesellschaft. Dabei klaffe eine deutlich spürbare Lücke zwischen dem Innovationsanspruch politischer Akteure und der Wirklichkeit. Weder der Input im Verhältnis zum BIP, noch der Output marktfähiger Produkte entspreche den hochgesteckten Zielen.

Die Qualität des Forschungsstandortes Deutschland hänge stark von den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Deutschland schaffe es aber nach Einschätzung des DIHK zurzeit nicht, in Konkurrenz zu anderen Ländern gerade die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen zu verbessern und damit auch positive Signale für den Forschungsstandort zu setzen.

Besonders problematisch für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Deutschland sei dabei die Tatsache, dass einer Produktionsverlagerung schrittweise auch die Verlagerung von Wissen in das Ausland folge. Jedes zweite Unternehmen betreibe bereits zugleich auch an seinem ausländischen Produktionsstandort Forschung und Entwicklung. Damit gingen zunehmend mehr hochwertige Arbeitsplätze verloren.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Annahme der Anträge auf Drucksachen 15/5016 und 15/5360.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/5016 – abzulehnen;

2. den Antrag – Drucksache 15/5360 – abzulehnen.

Berlin, den 1. Juni 2005

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Cornelia Pieper Vorsitzende	**Andrea Wicklein** Berichterstatterin	**Katherina Reiche** Berichterstatterin
	Hans-Josef Fell Berichterstatter	**Ulrike Flach** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Andrea Wicklein, Katherina Reiche, Hans-Josef Fell und Ulrike Flach

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/5016 in seiner 176. Sitzung am 13. Mai 2005 beraten und gemeinsam mit dem ebenfalls beratenen Antrag auf Drucksache 15/5360 an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. Den Antrag auf Drucksache 15/5016 hat er darüber hinaus mitberatend an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Im Anschluss an eine Schilderung der Problemlage im Bereich der Forschungs- und Innovationsförderung und ihrer Bedeutung für die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands fordern die Antragsteller, veränderte Bedingungen, unter denen es in einer breit von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik getragenen Allianz gelingt, die Fähigkeit Deutschlands zu technologischen Spitzenleistungen zu erhalten oder zurück zu gewinnen. Als die wichtigsten Felder der Wertschöpfung, die mit Innovationen weiterentwickelt werden müssten, stellt der Antrag die Bereiche Verkehr, Energie, Fertigungstechnik, Biotechnologie, Gesundheit, Informations- und Kommunikationstechnologien, Sicherheitstechnologien sowie Luft- und Raumfahrt dar. Daraus entwickeln die Antragsteller einen dreiundzwanzig Punkte umfassenden Forderungskatalog an die Bundesregierung, der verschiedene Fördermaßnahmen zu den angesprochenen entwicklungskritischen Bereichen enthält. Neben diesen Einzelmaßnahmen wird eine Reihe von strukturellen Maßnahmen gefordert, die die Leistungsfähigkeit des Forschungs- und Innovationsraumes Deutschland fördern sollen. Hierzu gehört u. a. die Zusammenführung der Forschungs- und Technologiepolitik in einem Innovationsressort, die Erstellung einer ‚Liste der 100 wichtigsten bürokratischen Innovationshindernisse', die Finanzierung eines Forschungs- und Innovationsprogramms insbesondere aus dem Ertrag einer Halbierung der Steinkohleförderung bis zum Jahr 2010 sowie eine Verzahnung der universitären und außeruniversitären Forschung.

Zu Nummer 2

Vor dem Hintergrund einer Schilderung der gesehenen Defizite in der Forschungs- und Entwicklungslandschaft Deutschlands, die auch internationale Vergleiche einbezieht, konkretisiert der Antrag zu einzelnen Politik- und Forschungsfeldern diese Defizite. Ausgehend von der These, dass Forschung in Deutschland politisch behindert werde, werden anhand der Bereiche Ressortforschung, Hochschulen, Forschungsförderung und Wagniskapital, Struktur der deutschen Forschungslandschaft, Patentierung und Föderalismus entsprechende Handlungsforderungen entwickelt.

Aus diesen allgemeinen Handlungsanforderungen entwickeln die Antragsteller ihre Aufforderung an die Bundesregierung, eine Strategie für eine ‚Dekade für Innovation, Forschung und Entwicklung' vorzulegen, die achtunddreizig im einzelnen aufgeführte Elemente enthalten und erfüllen müsse. Diese Elemente beinhalten u. a. Forderungen zum Stammzellen- und Gentechnikgesetz, zum Energieforschungsprogramm, zur Nanotechnologie-Strategie, zu den Hochschulen und zum Patentwesen. Darüber hinaus werden grundsätzliche Anforderungen an eine wettbewerbliche Ausrichtung von Förderprogrammen, an eine verlässliche und aufgabengerechte Finanzierung sowie an die Wahrnehmung der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern formuliert.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Die mitberatenden Ausschüsse **Innenausschuss, Rechtsausschuss, Finanzausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** sowie der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** haben mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der mitberatende **Haushaltsausschuss** sowie der mitberatende **Verteidigungsausschuss** haben mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zu Nummer 2

Die mitberatenden Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der CDU/CSU, gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und im **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** auch gegen die Stimme eines Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 1. Juni 2005 beraten und empfiehlt:

1. Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/5016 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.
2. Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/5360 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird festgestellt, dass beide Anträge anerkennen würden, dass das Thema Forschung und Innovation der Schlüssel der Zukunft sei. Dies sehe die Fraktion der SPD auch so. Die Fraktion teile aber nicht die Einschätzung der beiden Anträge zur Arbeit der Bundesregierung und auch nicht die daraus abgeleiteten Forderungen, da durch Regierungshandeln viele dieser Forderungen bereits erfüllt worden seien.

Die herangezogenen Zahlen, Fakten und Interpretationen zeigten ein sehr einseitig negatives und damit auch falsches Bild. So werde die nominale Gesamtsteigerung für Forschung und Entwicklung während der rot-grünen Regierungszeit von 8,1 Mrd. Euro im Jahre 1998 auf 9 Mrd. Euro im Jahre 2003 verschwiegen. Insgesamt habe die Wirtschaft trotz der schwachen Konjunktur in den letzten Jahren im Bereich der Forschung und Entwicklung ihren Kurs gehalten, und man erwarte im Jahre 2005 eine Steigerung von 5,5 Prozent gegenüber 2002. Dies stehe in einem positiven Gegensatz zu dem massiven Einbruch bei F- und E-Mitteln während der konjunkturellen Schwächeperiode zu Beginn der 90er Jahre. Auch die rasche Internationalisierung des F- und E-Geschehens sei keine Einbahnstraße. Zwischen 1997 und 2001 hätten die F- und E-Investitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland genau so zugenommen wie die deutscher Unternehmen im Ausland. Den 11,9 Mrd. Euro, die im Jahre 2001 von deutschen Unternehmen im Ausland investiert wurden, hätten 11,5 Mrd. Euro von ausländischen Unternehmen in Deutschland gegenüber gestanden; das sei ein Zeichen dafür, dass nach Großbritannien Deutschland ein sehr attraktives Zielland für F- und E-Investitionen im Ausland tätiger US-Unternehmen sei.

Die in den beiden Anträgen aufgestellten Forderungen würden nicht viel Neues bieten. In vielen Bereichen entsprächen sie dem aktuellen Regierungshandeln. Ein Beispiel hierfür seien die Forderungen zur Gesundheitsforschung in beiden Anträgen. Die Forderungen entsprächen den schon weitgehenden laufenden Schwerpunkten des Gesundheitsforschungsprogramms. Hier habe die Bundesregierung seit 1998 ihre Anstrengungen mit der systematischen Förderung der krankheitsbezogenen Humangenomforschung massiv verstärkt. Auch durch eine Reihe von neuen Schwerpunkten in der klinischen Forschung wie den Kompetenzzentren in der Medizin und den Koordinierungszentren für klinische Studien habe man eine Wende in forschungspolitisch gravierenden Defizitbereichen herbeigeführt. Die Forderungen beider Anträge nach mehr Geld sowie nach einer höheren und kontinuierlicheren Zuweisung für die Forschungsorganisationen bis 2010 seien wenig überzeugend, weil in den letzten 1 1/2 Jahren Aktivitäten und Initiativen seitens der Bundesregierung entwickelt worden seien, um Planungssicherheiten und kontinuierliche Steigerungen in diesem Bereich herbeizuführen. Man müsse an den Pakt für Forschung und Innovation erinnern, der genau dies zum Inhalt hatte, aber bisher aufgrund der Blockierung vor allem von der Fraktion der CDU/CSU noch nicht umgesetzt werden konnte. Die Fraktion der SPD lehne beide Anträge ab, weil sie an der Realität vorbeigehen würden.

Für die **Fraktion der CDU/CSU** ist es nicht nachvollziehbar, wenn die Fraktion der SPD behaupte, in ihrem Antrag werde ein negatives Bild gezeichnet. Selbst in dem Bericht der Bundesregierung zur technologischen Leistungsfähigkeit werde die Dramatik der Lage widergespiegelt. Dies sei mit Zitaten aus dem Bericht zu belegen: „Es gelingt in den anderen Staaten erheblich schneller, die Budgets gezielt auf mehr Investitionen zur Verbesserung der technologischen Leistungsfähigkeit auszurichten“ und „Es gelingt nur mit Mühe, seit 2002 den F- und E-Anteil am Inlandsprodukt zu steigern“. Weiterhin heiße es in dem Bericht: „Der Exportfunke, anders als noch Anfang der 90er Jahre, springt kaum mehr auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung über. In der Industrie habe die Bedeutung von externen Hemmnissen als Ursache für den gänzlichen Verzicht auf Innovationsprojekte ständig zugenommen, von 2 Prozent aller Unternehmen 1996 auf 6 Prozent im Jahre 2002.“

Im Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit gebe es eine Vielzahl von dramatischen Botschaften. Bundesregierung und Koalition würden davor die Augen verschließen. Der Anteil von Unternehmen, die Marktneuheiten neu eingeführt hätten, sei von 1999 bis 2003 von 35 Prozent auf 23 Prozent gesunken. Diese Zahl sei erschreckend. Im Dienstleistungssektor liege Deutschland mit 50 Prozent Innovatoren im Mittelfeld. 1998/1999 habe die Zahl der Innovatoren insgesamt noch bei 66 Prozent gelegen und sei dann auf 58 Prozent gesunken. Zur Informationstechnologie könne man auch im Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit dramatische Zahlen nachlesen. Wenn es um die Ausgabenquote, die Internetnutzung und die Mobilfunkverbreitung gehe, sei man unter dem westeuropäischen Durchschnitt; auch bei Computerkenntnissen sei Deutschland unterdurchschnittlich repräsentiert. In den Anträgen sei eine große Zahl von Vorschlägen zusammengefasst worden. Die Fraktion der CDU/CSU frage sich, wieso der Innovationsprozess niemals, auch nicht im zuständigen Fachausschuss, als Ganzes von der Bundesregierung dargestellt worden sei. So habe man in der Bundesregierung einen völlig zerrissenen und auf mindestens 3 Ministerien verteilten Innovationssektor. Im Gesundheitsforschungsbereich gebe es zumindest das BMBF und das Gesundheits- und Sozialministerium. Für Biotechnologie sei mittlerweile Bundesministerin Renate Künast zuständig. Für die Fraktion der CDU/CSU seien keine komplette Strategie und Stringenz zu erkennen, aus denen hervorgehe, dass Innovation auch in anderen Häusern eine Rolle spiele. Mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei versucht worden, diesen Umstand ins Bewusstsein zu bringen und zu versuchen darzustellen, was notwendig sei, um in allen relevanten Bereichen nach vorne zu kommen.

Mit dem Antrag habe man erneut eine Strategie angeboten. Der gesamte Sektor der klinischen Forschung sei nach wie vor hemmungslos überbürokratisiert. Die neuen Arbeitszeitregelungen stellten junge Ärzte, die nebenbei forschen wollten, vor kaum zu bewältigende Herausforderungen. Es lohne sich, auf diesen Bereich stärker einzugehen und nicht nur alles positiv zu sehen. Im Antrag der Fraktion der FDP sehe die Fraktion der CDU/CSU besonders eine sehr aktuelle und sehr gute Analyse, die in vielen Bereichen der Analyse der Fraktion der CDU/CSU entspreche. Sie umfasse alle aktuellen Forschungs- und Technologieaktivitäten und Organisationen. Insbesondere im Bereich der roten Gentechnik gebe es aber Differenzen zur Fraktion der CDU/CSU, und deshalb werde man sich zu diesem Antrag enthalten.

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält es für verfehlt, dass die Union die Situation schlecht rede. Man dürfe die Aussagen des Berichtes für technologische Leistungsfähigkeit nicht verschweigen. Als zentrale Aussage sei dort festgehalten, dass Deutschland weiterhin eine der stärksten Nationen für technologische Leistungsfähigkeit in der Welt sei. Es sei nicht erstaunlich, dass aufgrund der Äußerungen der Union eine schlechte Stimmung in der Wirtschaft vorhanden sei. Interessant sei, dass es diese schlechte Stimmung nicht überall in der Wirtschaft gebe. Man wisse von ausländischen Unternehmen wie General Electric, dass sie in Deutschland sehr stark in Forschung und Entwicklung investieren, weil Deutschland auch nach deren Aussage ein besonders guter Standort sei. Auch kleine mittelständische Unternehmen würden bestätigen, dass seit 1999 Gelder von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt würden, die vorher nicht machbare Forschung, z. B. in der nanotechnologisch orientierten Messtechnik, nun ermöglichten. Auch die aktuellen Zahlen aus der Wirtschaft für 2005 zeigten, dass in Deutschland ein Plus von 5,5 Prozent in Forschung und Entwicklung erwartet werde. Man sollte die Stärke der deutschen Wirtschaft beachten. Deutschland sei nach den USA und Japan im Forschungs- und Entwicklungsbereich die stärkste Nation dieser Welt. Nur in Bezug auf die Pro-Kopf-Zahlen im Verhältnis zum Brutto-Inlands-Produkt seien einige skandinavische Länder Deutschland noch voraus. Ansonsten sei Deutschland das Zugpferd in der Forschung und Entwicklung der Europäischen Union. Richtig sei es, an diesem hohen Standard festzuhalten und in den Anstrengungen nicht nachzulassen, die Lage zu verbessern. Ein Beispiel sei der High-Tech-Gründerfonds. Auch der Startfonds und der Dachfonds seien im Innovationsbereich Instrumente, die von der Union immer wieder angemahnt würden, die aber schon realisiert worden seien. Die Aussagen in dem Antrag der Union stimmten. Es werde nur übersehen, dass sie weitgehend umgesetzt worden seien und umgesetzt würden. Deswegen könne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag nicht zustimmen. Dies gelte für den Antrag der Fraktion der FDP ähnlich. In Teilbereichen seien wichtige Maßnahmen enthalten, die auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für richtig halte, aber in der Tendenz sei die Politik der Koalition richtiger.

Für die Fraktion der FDP ist klar, dass Deutschland sich nicht in dieser höchst positiven Position befinde, wie sie die Regierung immer wieder darstelle. Selbst wenn es Aufgabe der Opposition sei, die Situation überzogener darzustellen, als es die Regierungsseite tue, müsse erkannt werden, dass es viele Länder auf dieser Welt gebe, die mehr investierten, die offensichtlich zielorientierter investierten und die keine politischen Hindernisse hätten. Der Antrag der Fraktion der FDP weise auf beides hin: Zum einen auf den Punkt, dass es vor allem im asiatischen Raum, aber auch inzwischen in Europa eine ganze Reihe von Ländern gebe, die mehr ausgäben als Deutschland. Diese Länder setzten, anders als Deutschland, auch bereitwillig auf gewisse Schwerpunkte. Zum zweiten müsse die Fraktion der FDP immer wieder auf die politischen Hindernisse hinweisen. Fraglich sei, wie die Politik der Bundesregierung fortgesetzt werden solle, wenn eine weitere Haushaltskürzung im Etat des BMBF von 1 Mrd. Euro im Raum stehe. Die Bundesregierung müsse darlegen, wie sie sich darauf einstellen wolle, dass Deutschland von Ländern umgeben sei, die eine völlig andere Wirtschaftspolitik hätten und die wie Frankreich, ganz gezielt auf Industriepolitik setzten. Viele Regierungen würden offensichtlich mit anderen Prämissen an Forschung herangehen, als es die Bundesregierung tue.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass 11,9 Mrd. Euro an F- und E-Investitionen von deutschen Firmen außerhalb Deutschlands ausgegeben würden. 11,5 Mrd. Euro würden in Deutschland von ausländischen Unternehmen in F und E investiert werden. Diese Zahl werde zu wenig genannt. Deutschland sei nach Großbritannien der zweitwichtigste Investitionsmarkt für F- und E-Investitionen aus dem Ausland. Die Technologieplattform Dresden sei ein ausgesprochen interessanter Ort. Das dortige Vorhaben zwischen den Firmen Infineon, EMI und der Fraunhofer-Gesellschaft stehe an der Spitze der IuK-Technologie in Europa. Dies sei kein Zeichen von Schwäche für den Forschungsstandort Deutschland.

Hinsichtlich der in Rede stehenden Kürzungen von 1 Mrd. Euro im Haushaltsentwurf sei darauf hinzuweisen, dass die Koalition angetreten sei mit einer absoluten Priorität für Innovationen. Neben dem Umbau der Sozialsysteme solle der Abbau von Subventionen freiwerdende Mittel für Forschung und Entwicklung schaffen. Die Koalition wolle den politischen Mut aufbringen, wirklich in die Zukunft zu investieren. Die Bundesregierung appelliere an die Länder, Mittel in Höhe von 10 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung freizugeben. Dabei gehe es um eine politische Entscheidung und darum, ob die Fraktion der CDU/CSU auch das tue, was sie fordere.

Zur Frage der Industriepolitik sei klar, dass die Konkurrenz aus anderen europäischen Staaten und insbesondere aus den USA und Japan enorm zunehme. Innovationspolitik müsse auf europäischer Ebene stattfinden. Deswegen arbeite die Bundesregierung auf der europäischen Ebene auch mit der Kommission zusammen und dränge darauf, dass Europa stärker werde. Aber auch national müsse das gemeinsame Zusammenspiel bei Innovationen zwischen Bund und Ländern gestärkt werden, um im Wettbewerb zu bestehen.

Berlin, den 1. Juni 2005

Andrea Wicklein	**Katherina Reiche**	**Hans-Josef Fell**	**Ulrike Flach**
Berichterstatterin	Berichterstatterin	Berichterstatter	Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333